

Kasernen statt Wohnungen

Von Kristian Stemmler

Kasernen statt Wohnungen, heißt die Devise in Zeiten ungebremsster Aufrüstung. Das *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* berichtete am Mittwoch, dass viele Städte und Kommunen ihre Pläne für die Bebauung früherer Militärfächen – etwa mit neuen Wohnquartieren – stoppen mussten, weil die Bundeswehr die Flächen doch nicht freigibt, sie selbst benötigt. Am Donnerstag wartete der 17. Wohnungsbautag in Berlin mit einer dazu passenden Schreckensmeldung auf: Die Zahl der neu gebauten Wohnungen wird nach Ansicht von Experten in diesem Jahr auf unter 200.000 sinken.

Damit werde »eine rote Linie« gerissen, zitierten die Zeitungen des *RND* am Donnerstag Robert Feiger, den Chef der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG Bau): »Das ist nicht einmal mehr die Hälfte von dem, was mindestens gebaut werden müsste.« Bezahlbare Wohnungen seien Voraussetzung für funktionierende Arbeitsmärkte und für die Zuwanderung von Fachkräften. »Schon heute fahren viele stundenlang und kilometerweit zum Arbeitsplatz«, so Feiger. Die Menschen, die sich Wohnen am wenigsten leisten könnten, litten am stärksten unter der Wohnungsnot.

»Wer umzieht, hat verloren«, hieß es in einer Mitteilung zum Wohnungsbautag, hinter dem sieben führende Verbände und Organisationen der Bau- und Wohnungswirtschaft stehen, darunter die IG Bau und der Deutsche Mieterbund (DMB). Selbst wer in eine deutlich kleinere Wohnung wechseln wolle, zahle drauf: »Der Wohnungsmarkt ist eingefroren.« DMB-Präsidentin Melanie Weber-Moritz erklärte, die Wohnungskrise betreffe »nicht nur die Ärmsten, sondern inzwischen auch die breite Mitte der Gesellschaft«. Es müssten jährlich »mindestens 100.000 dauerhaft gebundene Sozialwohnungen gebaut werden«.

Eine Ursache der aktuellen Misere sind laut einer Studie der Forschungsinstitute ARGE (Kiel) und Regiokontext (Berlin), die auf der Veranstaltung präsentiert wurde, die hohen Baukosten. Der Quadratmeter Wohnfläche in Großstädten und Metropolregionen koste im Schnitt aktuell mehr als 4.630 Euro. »Deutschland baut viel zu teuer«, betonte ARGE-Chef Dietmar Walberg. Die Lösung liege im sogenannten »Gebäude-Typ E«, bei dem auf komplexe und wartungsintensive Technik verzichtet werde. Dieses Konzept mache das Bauen »einfacher, schneller und kostengünstiger«, so Walberg. Die sieben Verbände forderten, das vereinfachte Bauen gesetzlich abzusichern.

Welche Folgen die explodierende Wohnungsnot hat, machte Arnt von Bodelschwingh von Regiokontext klar. Mittlerweile lebten in Deutschland 9,9 Millionen Menschen in viel zu kleinen Wohnungen, 1,4 Millionen mehr als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Vor allem in den Städten sei Überbelegung ein verbreitetes Problem: Jeder sechste lebe hier auf zu engem Raum. Fast jedes fünfte Kind in der BRD wachse in einer zu kleinen Wohnung auf, so von Bodelschwingh. Das beeinträchtige die psychische Gesundheit der Kinder.

Die Bundesregierung gibt unterdessen vor, das Problem erkannt zu haben. Zumindest bemerkte Vizekanzler, Bundesfinanzminister und SPD-Chef Lars Klingbeil in seiner »Ruck-Rede« bei der Bertelsmann-Stiftung am Mittwoch, die Mieten in den meisten Städten seien explodiert. Daher müsse der Bund »zukünftig Wohnungen in großem Stil bauen«. Zu diesem Zweck schlug Klingbeil die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft vor. Zudem müssten die Standards runter. Gerade in großen Städten brauche es aber auch eine wirksame Begrenzung der Mieten.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519907.wohnraummangel-und-mietexplosion-kasernen-statt-wohnungen.html>